

Sattler-Tapezierer- und Portefeuille-Zeitung

Organ des Deutschen Sattler-Tapezierer- u. Portefeuille-Verbandes

Er erscheint wöchentlich. Bezugspreis pro Vierteljahr 90 Pfennig. Bestellung bei allen Postämtern. Mitglieder kostenlos.

Geschäftsstelle: Berlin SO 16, Michaelstr. 14 II
Fernsprecher: F 7 Zannowitz 2120

Anzeigen die dreifachp. Zeitschrift 1 Mt. Aufnahme nur bei vorheriger Gebühreinsendung auf Postk. Alfred Nibel 11502, Postfachamt Berlin. Rabatt wird nicht gewährt. Redaktionsschl. Freitag

Die Krise in unseren Reihen.

In der gegenwärtigen großen und allgemeinen Notlage weiter Kreise des Volkes — verursacht durch die seit Jahren anhaltende Wirtschaftskrise — werden die engeren Sorgen einzelner Berufsgruppen überschattet, weil, wie bekannt, Gedeih und Verderb derselben allzueng mit den Gesamtverhältnissen verknüpft sind. Das darf uns nicht abhalten, die besonderen Ursachen aufzudecken, die neben der allgemeinen Wirtschaftskrise in unseren Berufen in den letzten Jahren mit dazu beigetragen haben, daß wir Arbeitslosigkeit und Kurzarbeit in viel höherem Maße durchzulassen hatten und noch haben als andere Berufe. Einige unserer Branchen sind erfahrungsgemäß in ihrer technischen Entwicklung im Verlauf kurzer Zeit allzu sehr von den überstürzenden Rationalisierungsmassnahmen mitgerissen worden. Die Rückschläge auf die Arbeitsmöglichkeit haben sich verheerend ausgewirkt. Dies festzustellen, ist gerade jetzt in der Zeit steigender Arbeitslosigkeit am Platze. Nehmen wir die Zahlen der Arbeitslosen unserer Branchen im Verlauf der letzten fünf Jahre unter die kritische Lupe, so sind wir, wie nachstehende statistische Erhebungen beweisen, selbst in den Jahren des wirtschaftlichen Aufschwungs 1927/28 fast doppelt so hoch von der Arbeitslosigkeit betroffen worden als alle die Berufe, die unter die Konjunkturgruppe fallen. Nach der Statistik des DGB. waren im Jahresdurchschnitt arbeitslos von den Konjunkturgruppen:

1925	1927	1928	1929	1930
18,2	9,0	8,6	9,3	17,4 Proz.
Von unseren Verbandsmitgliedern dagegen:				
30,0	17,2	15,7	21,4	35,8 Proz.

Auch bei den Kurzarbeitern stellen wir seit Jahren einen hohen Anteil und haben in der Regel über den Durchschnitt gestanden. Schon 1926 in der lokalen Wirtschaftskrise hatten wir eine sehr hohe Beschäftigungslosigkeit zu verzeichnen, und unser Anteil in den Jahren 1929/30 zeigt über das Doppelte im Vergleich zu den übrigen Konjunkturgruppen. Die technische Entwicklung mit der Umstellung der Produktionsmethode, welche die Freistellung vieler Arbeitskräfte nach sich zog, ist zwar allgemein zu werten; aber gerade diese Wandlung hat Berufe mit stark ausgeprägtem handwerklichem Charakter durch die vorgenommene Arbeitsteilung, so auch unsere Branchen stark beeinflusst, ja einige von Grund auf revolutioniert. Am trefflichsten wird dies illustriert, wenn wir die Fahrzeugindustrie nehmen, an der wir mit einigen tausend Kollegen und Kolleginnen interessiert sind. Die Autoherstellung und der Waggonbau insbesondere haben hinsichtlich der Bestrebungen von Betriebszusammenlegungen, Aufzügen durch Schließung großer Werke, verbunden mit einer überhäuftesten Rationalisierung und der daraus resultierenden steigenden Veränderung der Produktionsmethoden, das handwerkliche Können entwertet. Die Teilarbeit am laufenden Band, reguliert durch die Stoppuhr, hat einen großen Teil Arbeitskräfte, besonders gelernte Facharbeiter, ausgeschaltet und die Beschäftigungsmöglichkeit bei gleicher Produktionsmenge sehr stark eingeengt. Erfahrungsgemäß ist die Arbeitsmöglichkeit in beiden Branchen schon seit Jahren sehr schwach. In den meisten Werken hat sich trotz des zunehmenden Produktionsapparates nur vorübergehend eine Arbeitsmöglichkeit für eine weit geringere Zahl Beschäftigter gefunden. Ein Beispiel möge zur Anschauung dienen. Im Jahre 1928, zur Zeit der Wirtschaftsprosperität, wurden in 14 reiner Serienbetrieben der Auto- und Karosseriefabrikation 1464 Beschäftigte in den Sattler- und Polsterabteilungen gezählt. Ende August dieses Jahres waren nur noch 10 Betriebe

mit 605 Beschäftigten in denselben Abteilungen vorhanden. Davon waren 397 Kurzarbeiter mit 2 und 3 Tage Beschäftigung in der Woche, so daß nur 209 Vollarbeiter übrigblieben. Vier Betriebe mit 358 Beschäftigten waren verschwunden. Beachtet man, daß bei normalen Verhältnissen früher 2500 bis 3000 Autosattler einschließlich der Kleinbetriebe beschäftigt wurden, zur Zeit aber nur noch 800 bis 1000, so sind nicht weniger als zwei Drittel aller Autosattler außer Arbeitsverdienst gesetzt. Hunderte von Klein- und Mittelbetrieben sind durch die technische Entwicklung und durch die Konzentration der Produktion einfach verschwunden, und von den noch bestehenden kommen nur sehr wenige für Neuanfertigungen überhaupt in Betracht.

Die Waggonbauindustrie, welche gleichfalls im Laufe der letzten Jahre eine Reihe von Stilllegungen, Zusammenlegungen von Betrieben vornahm, hat sich ebenfalls durch eilige Rationalisierung in den großen Werken einen Produktionsapparat geschaffen, der jedoch unbenutzt wegen Mangel an Aufträgen in fast allen Betrieben keinen Zweck versteht. Die Zahl der beschäftigten Kollegen im Waggonbau ist zur Zeit auf ein Sechstel der sonst üblichen gesunken. Auslandsaufträge fehlen fast ganz, und mit den Inlandsaufträgen hat es keine Eile, und dazu gehört auch Geld. Der Schrei nach Arbeit für diese Industrie dürfte durch die Tagespresse allgemein bekannt sein. Wieder steht ein größeres Werk, die Götlicher Waggonfabrik, vor der völligen Schließung, wenn nicht das Reich Aufträge erteilt.

In beiden Industriezweigen ist also durch die überhäufende technische Umstellung im Zusammenreffen mit der tiefschenden und andauernden Wirtschaftskrise ein Ausmaß von Arbeitslosigkeit vorhanden, die katastrophal wirkt. Selbst beim Eintreten wirtschaftlich besserer Zeiten wird niemals mehr die Zahl der früher Beschäftigten in dieser Industrie Aufnahme finden. Aber das ist ja in allen Industriezweigen mit wenigen Ausnahmen nicht anders.

Von diesem Gesichtspunkt aus ist die Forderung nach Verkürzung der Arbeitszeit nicht nur das Ziel, welches in der gegebenen Wirtschaftskrise als notwendig bezeichnet werden muß, sondern die technische Entwicklung hat die Arbeitszeitverkürzung zur unbedingten Notwendigkeit gemacht. Mögen sich die Regierung und die Arbeitgeber dagegen sträuben, die Arbeitszeitverkürzung wird und muß kommen.

Die gesamte Kofferindustrie hat in den letzten Jahren gleichfalls durch Normung und Typisierung ihrer Fabrikate und der dadurch bedingten Teilarbeit ihre früheren Arbeitsmethoden vollständig umgetrennt. Die Kantennähmaschine und die sonstigen zusätzlichen maschinellen Einrichtungen in dieser Branche haben durch die vorherrschende Teilarbeit nicht nur die Facharbeiter zum großen Teil ausgeschaltet, sondern die Zahl der Beschäftigten überhaupt bei zunehmender Arbeitsintensität immer mehr reduziert. In einem Duzend Orte des Reiches, wo die größten Betriebe der Kofferindustrie ihr Domizil haben und etwa 75 Proz. der Gesamtproduktion herstellen, ist das selbe Bild gegeben, wie es die Fahrzeugindustrie zeigt. Dazu kommt, daß schon seit Monaten nur die Hälfte der sonst üblichen Beschäftigtenzahl bei Kurzarbeit beschäftigt wird. Die Zahl der Vollarbeiter ist sehr gering und deshalb kaum erwähnenswert. Die gesamte Lederwarenindustrie hat im Verlauf der letzten Jahre nicht nur eine erhebliche Arbeitslosigkeit zu verzeichnen, sondern auch die Kurzarbeit ist in den maßgebenden Produktions-

orten enorm. Dazu kommt, daß die Abwanderung in die Heimarbeit in Zeiten der wirtschaftlichen Krise und durch die herrschende Kreditnot begünstigt wird. Betriebe mit nemenswerter Anzahl von Werkstattarbeitern scheitern zu Entlassungen, und die Aufträge werden in die unkontrollierbare Heimarbeit gegeben mit oft recht farger Verdienstmöglichkeit. Auch dies ist ein Hauptgrund mit, daß sich gerade in den typischen Lederwarenabartionsorten die stetig wachsende und andauernde Arbeitslosigkeit bis zur Unerträglichkeit steigert.

In der Ledertreibriemenindustrie, die mit der Belieferung der Gesamtindustrie als ihre Auftragsgeberin erst wieder in Fluß kommen kann, hat sich in den letzten Monaten, nachdem weitere Entlassungen eingetreten sind, die Kurzarbeit gleichfalls in stärkerem Maße ausgebreitet. Jedoch ist die Zahl der Beschäftigten nicht in dem Ausmaß gesunken als in den vorgenannten Branchen. Aber auch hier hat die technische Wandlung der gesamten Maschinenindustrie, indem der Lederrücken nicht mehr in dem Ausmaß als Antriebsmittel Verwendung findet, die Aufträge verringert und eine zusätzliche Arbeitslosigkeit geschaffen, die das Heer unserer arbeitslosen Facharbeiter vergrößert.

Das Tapezierergewerbe, das, wie viele andere Berufe, vom Baumarkt vielfach abhängig ist, hat durch den starken Rückgang von Wohnungsbauten natürlich gleichfalls unter starkem Beschäftigungsmangel zu leiden. Der Rückgang, der mit den gegebenen Verhältnissen auf dem Kreditmarkt und diese wiederum in der bestehenden Wirtschaftsmisere wurzelt, hat im gesamten Baugewerbe eine nie gekannte Arbeitslosigkeit zeitigt. Aber neben den allgemeinen sind die besonderen Verhältnisse im Tapezierergewerbe mit zu berücksichtigen, will man sich die große Arbeitslosigkeit, die schon seit Jahren besteht, auch nur einigermaßen erklären. Auch dieses Gewerbe ist von dem Drängen der arbeitstellenden Mechanik nicht verschont geblieben, und die Spezialisierung im Zeitalter der Typisierung hat die Serienherstellung begünstigt. Die Herstellung von Polstermöbeln ist zur Fabrikation geworden. Aus dem bodenständigen Gewerbe, das früher nur die Kundschaft am Orte bediente, ist die Herstellung von Polstermöbeln zu Exportware geworden, und die Veränderung hat wiederum auf die Arbeitsmöglichkeit am Orte eingewirkt. Es würde zu weit führen, wollte man diese Materie erschöpfend behandeln, denn neben dem Erwähnten sind vielfach Umstände vorhanden, die dem Tapezierergewerbe durch die Entwicklung der letzten Jahre ein Mehr von Arbeitslosigkeit brachten.

Die Feststellung, daß aus den angeführten Gründen bei uns die Arbeitslosigkeit besonders trotz in Erscheinung tritt, ist nicht allein das Wesentliche. Sie ist nur ein Glied in der Kette vieler Geschehnisse der jüngsten Zeit und bestätigt, daß das System der kapitalistischen Wirtschaftsordnung nicht vermag, aus diesen inneren Widersprüchen herauszufinden. Schuld daran trägt die falsche ökonomische Grundlage dieses Systems, die uns allen zum Verhängnis zu werden droht und deren Lösung ein zwingendes Problem unserer Zeit darstellt. Trotzdem die hochwertigste Technik und der riesige Produktionsapparat genügend Lebensgüter aller Art zum Segen der gesamten Menschheit hervorbringen können, haben sie uns nicht die Befreiung aus sozialer Not gebracht. Die Lösung dieses Problems kann nur im planvollen Aufbau einer besser organisierten Wirtschaft gefunden werden. Die organisierte Arbeiterschaft, die sich durch ihre gemeinsamen Interessen verbun-

den führt, darf trotz aller Biernisse der kommenden Zeit diese ihre geschichtliche Mission nicht aus den Augen verlieren.

Gewiß, die langandauernde Arbeitslosigkeit stellt an den einzelnen harte Anforderungen. Neben der Entbehrung des Notwendigsten gefühlt sich die seelische Not, und trotzdem darf der einzelne nicht verbittert abseits stehen.

Die Klassenbewußte Arbeiterkass ist trotz der großen Not, welche die furchtbare Krise ihr auferlegt, durch ihre gewerkschaftliche Schulung nicht zur Hoffnungslosigkeit verurteilt. Durch die Erziehung zum gewerkschaftlichen Denken und Fühlen hat sie erkannt, daß die Solidarität mit dem Befennten zur gemeinsamen Sache das Bestwert ist, an dem auch die härteste Unsturm zerbrechen muß. — f. g. —

Protest gegen Unternehmerwillfür.

Die Unternehmerverbände haben in einer gemeinsamen Erklärung die Reichsregierung aufgefordert, gegen die Gewerkschaften vorzugehen. Die Entwertung des englischen Pfundes soll den Anlaß zu einer erneuten Lohnsenkung geben. Ferner wird ein geschicktes Verbot tariflicher Lohnsteigerung und die Befreiung der Wirtschaft von allen staatlichen und sozialen Bindungen gefordert.

Jeder Einbruch in das Tarifrecht und die Beseitigung der rechtlichen Grundlagen, auf denen das Tarifrecht aufgebaut wurde, müssen das Vertrauen wider Volkstreu in den Staat erschüttern. Als Protest gegen diesen Vorstoß der Reaktion haben die Spitzenverbände aller Gewerkschaftsrichtungen nachstehende gemeinsame Kundgebung erlassen:

Die Spitzenverbände der Unternehmer haben in gemeinsamer Erklärung die Reichsregierung aufgefordert, die Wirtschaft von allen staatlichen und sozialen Bindungen zu befreien. Auf diese Weise soll der wirtschaftlich Schwache uneingeschränkt der Willfür des wirtschaftlich Starren ausgeliefert werden. Das würde den hemmungslosen Kampf aller gegen alle und die Auflösung jeder gesellschaftlichen Ordnung bedeuten. Diese Forderungen stellen

diejenigen Unternehmerverbände, die in Bergangenheit und Gegenwart in härtester Weise öffentliche Hilfe verlangt und in Anspruch genommen haben.

Wenn jemals, dann haben insbesondere die Vorgänge der letzten Monate das Verlangen wider Wirtschaftstreu und die Notwendigkeit eines planvollen Eingreifens des Staates in die Wirtschaft bewiesen.

Der Versuch, die ungeheure Wirtschaftsnot der Gegenwart aus staatlichen Eingriffen und aus der deutschen Sozial- und Lohnpolitik zu erklären, ist völlig haltlos. In Wirklichkeit liegen die Ursachen der deutschen Wirtschaftsnot in

den allgemeinen Auswirkungen des gegenwärtigen Wirtschaftssystems

in der Welt. Den internationalen politischen Störungen und dem Mißtrauen unter den Völkern. Verschärft wurde sie durch überpannten Protektionismus, Subventionspolitik, Hebernationalisierung, Kapitalabschleutung und systematische Senkung der Kaufkraft. Seit 11 Jahren wird als Ausweg aus der Krise die Senkung der Löhne und Gehälter sowie der Abbau der Sozialpolitik propagiert und betrieben.

Das Ergebnis ist eine ungeheure Verschärfung der allgemeinen Not.

Jeder Schritt weiter auf diesem Wege führt tiefer in das Elend hinein.

Die traffe Interessentenpolitik der Unternehmerverbände kann nicht zu gemeinsamer Entlastung der Kräfte und zur Überwindung der Wirtschaftskrisis führen. Niemals wird die deutsche Arbeiterkassschaft ihre wichtigsten sozialen Rechte kampflos preisgeben.

Deshalb verlangen die Gewerkschaften sowohl im Interesse der Arbeitnehmer als auch des Volksganzen die Abkehr von dem leither beschrittenen Wege und erheben erneut folgende dringliche Forderungen:

1. Sicherstellung einer ausreichenden Versorgung aller Arbeitslosen.
2. Verkürzung der Arbeitszeit — insbesondere durch Einführung der 40-Stunden-Woche — zum Zwecke der Mehrbeschäftigung von Arbeitskräften.
3. Erhaltung und Steigerung der Kaufkraft der Löhne und Gehälter, Sicherung des Tarifrechts und des staatlichen Schlichtungswesens.
4. Senkung der Zölle mit dem Ziel der härteren Anpassung der deutschen Preise und Herabhaltungskosten an das gesunkene Preisniveau des Weltmarktes; Druck auf überhöhte Zölle und Verarbeitungssteuern.
5. Auflockerung der monopolistischen Preisbindungen in allen Stufen der Wirtschaft bei gleichzeitigem Ausbau der öffentlichen Kontrolle.

6. Öffentliche Bankenaufsicht mit dem Ziel der Verhütung von Verschlechtigungen des Kapitals und Sicherung volkswirtschaftlicher Kapitalverwendung.

7. Müßichtslose Küzung der überhöhten Spitzengehälter und Pensionen in Wirtschaft und Verwaltung.

Die Durchführung dieser wirtschaftspolitischen Richtlinien muß verbunden sein mit der Abwehr aller die Währung bedrohenden Experimente, ferner mit zielbewußter Förderung der internationalen Verständigung, die gerichtet sein muß auf Konsolidierung der schwedischen Schulden Deutschlands, auf internationale Zusammenarbeit zur Sicherung gesunder Kapitalverwertung und auf dauernde Lösung der Frage der internationalen Kriegsverrechnung und der Reparationen.

6. Kongreß der Schuh- und Lederindustriearbeiter in Prag.

Die Schuh- und Lederarbeiter-Internationale tagte vom 28. bis 30. September in Prag. 40 Delegierte vertraten 26 Organisationen aus 11 Ländern mit zusammen 265 000 Mitgliedern. Nicht anwesend waren Polen, Rumänien und Spanien. Außerdem fehlten aus anderen Ländern die Vertreter von 7 Verbänden, so daß 25 000 Mitglieder nicht vertreten waren. Das Internationale Arbeitsamt in Genf vertrat Genosse Stahl. Vom Internationalen Gewerkschaftsbund war Genosse Stolz anwesend. Ferner hatten Vertreter entandt die Zentralen der Gewerkschaften und der Partei, das Ministerium für soziale Fürsorge und die Stadt Prag. Unser Verband war vertreten durch die Kollegen A. Blume, H. Busch und S. Drexelius.

Der Bericht des Internationalen Sekretärs, Reichstagsabgeordneter Genossen J. Simon, lag gedruckt vor. Ihm ist zu entnehmen, daß die Krise sich in allen Ländern bemerkbar macht und steigende Arbeitslosigkeit in Folge hat. Davon sind jetzt sogar unsere Berufe in Frankreich stark betroffen worden. Schuhwerkbestrebungen machen sich in England und in der Schweiz bemerkbar. Der internationale Kapitalismus nützt die Krise aus und schreibt den Ländern die zu treibende Sozialpolitik vor. Wenn 1929 in Stockholm die Verkürzung der Arbeitszeit auf 44 Stunden gefordert wurde, sei heute die 40stündige Arbeitswoche unerlässlich. Die Mitgliederzahl der Internationale ist um 12 000 zurückgegangen. Die Zahl der Verbände hat sich um 5 verringert durch Verschmelzungen und Auflösungen und sind insgesamt 26 Verbänden angegeschlossen, die sich auf 14 Länder verteilen.

In der Diskussion wurde Einverständnis mit der Tätigkeit des Sekretärs betont und erneut darauf hingewiesen, daß für ein gutes Arbeiten der Verbände gegenseitige Informationen unerlässlich sind. Für eine Verkürzung der Arbeitswoche traten alle Redner ein, wobei allerdings die Ansichten über einen Lohnausgleich nicht durchweg übereinstimmen. Das Ergebnis der Aussprache lag in nachstehender Resolution zum Ausdruck, welche gegen die Stimmen der schwedischen Kollegen zur Annahme gelangte:

„Die Weltwirtschaftskrisis, die hervorgerufen wurde durch eine Reihe von Störungen, welche in ihren Ursachen auf den Weltkrieg zurückgehen, wurde verschärft, weil die kapitalistische Wirtschaft nicht mehr funktioniert und die politischen Spannungen zwischen den einzelnen Nationen noch nicht beseitigt sind. Immer noch beherrscht der Geist des Krieges die Politik und erschwert die so notwendige Annäherung und Verständigung der Völker im Geiste der gegenseitigen Solidarität.“

Der Kongreß erklärt sich einig mit den Forderungen und Beschlüssen der gewerkschaftlichen und sozialistischen Internationalen über die Wollterverständigung und Beseitigung der Wirtschaftskrisis und begrüßt deren Forderungen auf Einführung der Vierzigstundenswoche mit entsprechendem Lohnausgleich.

In der Erkenntnis, daß die Nationalisierung und Technisierung auch in der Schuh- und Lederindustrie die Arbeitslosigkeit stark vermehrt und die Intensität der Arbeit aufs höchste gesteigert hat, so daß die volle Ausnutzung des Produktionsapparates kaum mehr erwartet werden kann, fordert der Kongreß, um die Arbeitslosigkeit zu mildern und die Gesundheit der Arbeiter zu schützen

die Verkürzung der Arbeitszeit auf 40 Stunden pro Woche.

Der Kongreß fordert alle der Internationalen Vereinigung der Schuh- und Lederindustriearbeiter angegeschlossenen Verbände auf und verpflichtet sie, sich mit allen Kräften für die Durchführung dieser Forderung einzusetzen.

Der Kongreß protestiert gegen den Versuch der Unternehmer, unter dem Vorzeichen der besseren Beschäftigung die Löhne herabzusetzen, weil dadurch die Arbeitslosigkeit nicht beseitigt, vielmehr durch die Schrumpfung der Kaufkraft noch verschärft wird, und fordert alle angeschlossenen Verbände auf, sich gegen die Herabsetzung der Löhne zur Wehr zu setzen.“

Eine zweite Resolution beschäftigte sich mit Füssen, in denen durch überlange Arbeitszeit und Ausbeutung Schmutzkonturrenz hervorgerufen wird. Kongreß A. Blume nahm die Gelegenheit wahr, darauf hinzuweisen, daß außer der Rationalisierung auch noch andere Faktoren die Lage unserer Berufsstände aufs schwerste gefährden. Dies ist insbesondere die Strafanfallsarbeit und die überlange Arbeitszeit und niedrigen Löhne in der Heimindustrie. Die einstimmig angenommene Entschlieung nimmt auf diese Verhältnisse Bezug und hat folgenden Wortlaut:

„Die angeschlossenen Landesverbände sind verpflichtet, im Sinne der Beschlüsse der Kongresse von Paris 1925 und London 1927 eine kraftvolle Propaganda zu unternehmen gegen jede Schmutzkonturrenz, hervorgerufen durch Ausbeutung und soziales Dumping, durch Auswüchse in der Heimindustrie, der Strafanfallsarbeit und derjenigen Firmen, die auf Grund von längerer Arbeitszeit, Verbot der Organisationsfreiheit unlautere Konturrenz treiben.“

Ueber die Entwicklung der Schuh- und Lederindustrie und die Lage der Arbeiter in der Tschechoslowakei referierte Genosse Balcar, Prag. In diesem Lande hat die Firma Bata in Ain überragenden Einfluß. Diese Firma beschäftigte im Jahre 1914 600 Arbeiter, heute dagegen 21 000. Das sind drei Viertel der Gesamtbeschäftigten. Die Arbeitszeit beträgt 45 Stunden = 5 Tage. Der gesetzliche Urlaub beträgt 6 bis 8 Tage. Die Arbeitslosenunterstützung ist aufgebaut nach dem Genier System und erhalten nur die Arbeiter Unterstützung, die gewerkschaftlich organisiert sind. Die Unterstützung wird gewährt auf die Dauer von 6 Wochen, der sich dann noch eine außerordentliche von 13 Wochen anschließt. Eine Debatte über dieses Referat fand nicht statt.

Als weiterer Punkt kam die finanzielle Lage der Internationale zur Sprache. Der Kassenbestand ist in den letzten Jahren zurückgegangen. Der Streit der Schuhmacher in Belgien im Jahre 1930 wurde mit 5000 Mt. unterstützt. Die diesjährige Ausperrung in Norwegen, die 22 Wochen dauerte, mit dem gleichen Betrag. Außerdem haben sich die Verbände freiwillig mit unterschiedlichen Beträgen beteiligt, so daß die norwegischen Kollegen annähernd 70 000 Mt. erhalten haben.

Die skandinavischen Verbände vertreten nun die Ansicht, daß die Internationale einen bestimmten Fonds für Kämpfe zur Verfügung haben müßte. Sie stellten deshalb den Antrag, den Beitrag pro Mitglied und Jahr von 5 Pf. auf 10 Pf. zu erhöhen. Die Engländer traten für eine Erhöhung von 2 Pf. ein. Beide Anträge fanden aber keine Mehrheit bei dem Kongreß. Vielmehr trat er nach einer sehr eingehenden Diskussion gegen eine Stimme dem Vorschlag des Zentralkomitees bei, den Beitrag um 1 Pf. zu erhöhen. Nach Ablehnung ihrer weitergehenden Anträge stimmten auch die Engländer und Skandinavier für diese Erhöhung.

Als einen Mißstand bezeichneten die skandinavischen Verbände die jetzige Form der Reiseunterstützung, die trotz Aussteuerung einen erneuten Bezug der Unterstützung ermöglicht. Der Kongreß beantragte das Zentralkomitee, in der nächsten Sitzung diese Frage zu klären und die eventuelle Herausgabe eines Reiseunterstützungsbuches zu prüfen.

Recht lebhaft wurde um die künftige Kongressperiode gestritten. Nach dem jetzigen Statut muß der Kongreß alle zwei Jahre stattfinden. Unser Verband hatte bereits auf dem Kongreß in London 1927 die dreijährige Periode gefordert. Damals stimmten nur drei Vertreter dafür. Auch diesmal war es nicht möglich, eine Einmütigkeit zu erzielen. Ganz besonders die Engländer und Skandinavier wandten sich gegen eine dreijährige Periode, weil dies der internationalen Zusammenarbeit nicht förderlich wäre. Für drei Jahre stimmten 25 Delegierte, dagegen 13. Ein Delegierter enthielt sich der Stimme. Da der gestellte Antrag eine Statutenänderung darstellt, bedurfte es einer Zweidrittelmehrheit. Zudem stellten die Engländer den Antrag, namentlich und nach Mitgliedern abzustimmen. Danach vertraten die 25 Vorgesagten rund 130 000 Stimmen und die Rein-Sager rund 106 000 Stimmen. Die Zweidrittelmehrheit war somit nicht erreicht und findet der nächste Kongreß 1933 statt.

Zum Internationalen Sekretär wurde der Genosse Simon wiedergewählt. Ebenso die bisherigen Mitglieder des Zentralkomitees Blume, Leg und Wähler (Deutschland), Sunderland (Norwegen), Roug (Frankreich) und Balcar (Tschechoslowakei). Smith (England) trat zurück. An seine Stelle wurde ebenfalls einstimmig Chester (England) gewählt.

In einem eindrucksvollen Schlusswort fasste der Genosse Simon die geleistete Arbeit des Kongresses zusammen und wies auf die gegenwärtige politische und wirtschaftliche Lage hin, die die Einigkeit und Geschlossenheit der Arbeiterkassschaft als höchstes Gebot erfordert.

Den Prager Kollegen, die es verstanden hatten, dem Kongreß ein würdiges Referat zu geben, wurde besonders gedankt. Mit einem dreifachen Hoch auf unsere Internationale wurde der Kongreß geschlossen. A. B.

Eine neue Notverordnung — Wechsel in der Reichsregierung.

Die Reichsregierung hat im Reichsgesetzblatt die neueste Notverordnung veröffentlicht. Dem Druck der Gewerkschaften und der Sozialdemokratie nachgebend, beseitigt diese Verordnung gewisse Härten, die sich bei der Durchführung der Verordnung vom 5. Juni d. J. ergeben haben. Ueber Kürzung von Pensionen und Wartegeldern enthält die Verordnung einschneidende Bestimmungen. Bedenklich ist, daß nunmehr die öffentlichen Unternehmungen angehalten sind, ihre Bediensteten unter Aufserachtlassung des Tarifrechts ebenfalls nach dieser Neuordnung zu behandeln. Als Reichshilfe für die Gemeinden werden 230 Millionen Mark bereitgestellt. Dieser Betrag reicht nicht aus, um die vorhandene Not auch nur einigermaßen zu lindern. Dem öffentlichen Wohnungsbau wird ein schwerer Schlag dadurch verfehrt, daß die Länder ermächtigt werden, den Neubauanteil der Hauszinssteuer nach ihrem Belieben für allgemeine Finanzzwecke zu verwenden. Sehr bedenklich erscheint uns auch die Bestimmung, nach der die Arbeitslosenunterstützung auf Anordnung der Reichsanstalt bis zu einem Drittel des Betrages in Sachleistungen bestimmter Art gewährt werden kann. Es besteht die große Gefahr, daß dabei ein weiterer gesteuerter Abbau der schon jetzt unzureichenden Unterstützungssätze herauskommen wird. Auf verschiedene weitere einschneidende Verschlechterungen, die uns die neue Notverordnung gebracht hat, werden wir noch zurückkommen.

Wie weit diese neueste Notverordnung zur Auswirkung kommen wird, hängt von der inneren Festigkeit der beiden gebildeten Reichsregierungen ab. Soweit die Liste vorliegt, kann man nur von einem Provisorium reden. Brüning selbst ist wieder Reichskanzler. Zugleich wird er den wichtigsten Posten des Außenministers mit übernehmen. Gleichfalls im Nebenamt soll das Ministerium des Innern von dem Reichswehrminister Groener mitverwaltet werden. Das Reichsfinanzministerium bleibt bei Dietrich, Steigerwald bleibt Arbeitsminister, Schiele Ernährungsminister und Schädel (wenn es ihm nicht inzwischen seine Partei verboten hat) Postminister. Justizminister wird Joel, Verkehrsminister Trautmann und Reichswirtschaftsminister Prof. Wehrhald.

Eine befriedigende Lösung bringt diese neue Zusammenfassung auf keinen Fall. Ueber eine Mehrheit im Reichstag wird die neue Reichsregierung nicht verfügen. Es sei hier nur das eine, daß die Reaktion sich immer tiefer zusammenzieht, um die völlige Entrechtung der Arbeiterschaft und die Verschlagung der Gewerkschaften durchzuführen. Wie sich die auf neu umgearbeitete Reichsregierung in diesem Konflikt einstellt, kann mit Sicherheit nicht gesagt werden, dazu sind die Unstimmigkeiten in ihrer Mitte zu umfangreich. Leider trifft daselbe auch auf die Arbeitnehmer zu. Allerhand Eigenbrötler haben in der bevorstehenden wichtigen Entscheidungslunde nichts Wichtigeres zu tun, als die vorhandenen Differenzen im Lager der Arbeiterschaft noch mehr auszuweiten.

Nur einiges, geschlossenes Zusammenstehen der breiten Massen aller Lohnempfänger kann das Vordringen des reaktionären Mischmachtes aufhalten.

Übermalige Verschlechterung der Arbeitslosenversicherung.

Der Vorstand der Reichsanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung hat beschlossen, die Höchstdauer der versicherungsmäßigen Arbeitslosenunterstützung ab 5. Oktober von 26 Wochen auf 20 Wochen und für berufsübliche Arbeitslose auf 16 Wochen zu verkürzen. Die durch den Beschluß des Vorstandes erteilte Einparung soll, so wird bekanntgegeben, die finanziellen Anforderungen sicherstellen, die bei einer Höchstzahl von 6 1/2 Millionen Arbeitslosen im kommenden Winter für Unterstützungsleistungen in der Arbeitslosenversicherung erwachsen werden. Zwar ist es gelungen, die Unterstützungsätze zu halten, aber die Verkürzung der Unterstützungsdauer konnte anscheinend nicht verhindert werden. Die betroffenen Arbeitslosen kommen somit sechs Wochen früher als bisher in die Krisenfürsorge und erhalten damit früher niedrigere Unterstützungsätze. Im großen und ganzen wirkt sich dieser Beschluß als eine Lastenverschiebung zwischen der Reichsanstalt und der Krisenunterstützung bzw. der Wohlfahrtspflege aus. Eine dauernde Verschlechterung der schmalen Existenzgrundlage der Beschäftigungslosen ist geeignet, diese vollständig in den Zustand der Verarmung und der Hoffnungslosigkeit zu versetzen. Warum eigentlich spart man immer wieder bei den Armen? Gibt es wirklich keine anderen Erparnismaßlichkeiten oder hängt die Existenz des Staates von den geringen Mitteln ab, die die Arbeitslosen beizubringen? Wenn das der Anfang der Verschlechterung der Existenzgrundlage der Arbeitslosen sein soll, so haben wir ja noch allernächst zu erwarten. Die Arbeiterschaft muß sich ganz entschieden gegen eine solche Politik wenden. Die Geduld der Arbeitslosen geht auch schnell zu Ende.

1. Ausschuffigung des ADGB.

Am 2. Oktober 1931 trat der Bundesausschuß des ADGB unter dem Vorsitz von Leipart zu seiner ersten Sitzung nach dem Frankfurter Gewerkschaftstreffen zusammen. Gegenstand der Beratungen waren in erster Linie die drohenden Verschlechterungen auf dem Gebiete der Sozialpolitik und des Tarifrechts, sowie der Kampf um die Erhaltung der Löhne, deren planmäßiger Abbau in den letzten anderthalb Jahren ohnehin schon zu einer krisenverschärfenden Zerstörung der Kaufkraft geführt hat.

Der stellvertretende Vorsitzende, Graßmann, erstattete den Bericht über die Tätigkeit des Bundesvorstandes. Er ging dabei aus von den Gerüchten, die über die Pläne der Reichsregierung bezüglich der Umgestaltung der sozialpolitischen Einrichtungen und insbesondere eingreifender Maßnahmen auf dem Gebiete der Arbeitslosenversicherung, sowie einer Lockerung des Tarifrechts durch die neue Notverordnung in Umlauf sind. Der Bundesvorstand hat versucht, sich durch unmittelbare Verhandlungen mit dem Reichsanstalt und dem Reichsarbeitsminister Klarheit über die beabsichtigten Maßnahmen zu verschaffen, Maßnahmen, die offenbar zunächst sehr viel weitergehende Ziele verfolgten.

Was die Lockerung des Tarifrechts angeht, so ist dabei schwer zu entscheiden, ob die geplanten Maßnahmen auf den Einfluß der Arbeitgeber, insbesondere der Schwerindustrie und der Bergbauindustrien zurückgehen, die ja seit Jahren diese Pläne verfolgen, oder ob der Sturz des englischen Pfundsterkes die Regierung zu der Auffassung gebracht hatte, daß auf keinem anderen Wege die wirtschaftliche Lage eine Erleichterung erfahren kann. Jedenfalls scheint sich in den vergangenen Wochen in den Regierungskreisen die Auffassung festgesetzt zu haben, daß man nur durch eine Auflockerung des Tarifrechtes den Tarifvertrag über den kommenden Winter retten könne. Eine weitgehende Einschränkung der Verbindlichkeitsklärung, Verkürzung der Laufdauer der Tarifverträge, Einführung eines vorzeitigen Kündigungsrechtes, Aufnahme von Bestimmungen in die Tarifverträge, die es ermöglichen sollen, kollektiven Betrieben Ausnahmebedingungen zuzugestehen, eine Ausdehnung des Begriffs der Notstandsarbeiten, die auch privaten Arbeitgebern unter gewissen Bedingungen ein Abweichen vom Tariflohn gestatten würde, und endlich eine weitere Senkung der Löhne, der allerdings eine Zerklüftung der Kartell- und Innungspreise parallel gehen sollte — diese Gedanken scheinen die Auffassung der Regierung weitgehend bestimmt zu haben. Ursprünglich hat wohl der Plan bestanden, dahingehende Bestimmungen bereits in der kommenden Notverordnung festzulegen. Kein Zweifel, daß diese Auflockerung der Tarifverträge einem Ende des Tarifrechts gleichkäme. Der Versuch, diese einseitigen Maßnahmen mit dem Hinweis auf die Auswirkungen des Pfundsturzes und die Verluste, die bei langfristigen Ausfuhrlieferungsverträgen sich ergeben würden, zu rechtfertigen, bewegt sich durchaus in den Gedankenengängen der Arbeitgeber. Das vor einigen Tagen veröffentlichte Sofortprogramm der Industrie ist ein eindeutiges Zeugnis dafür, daß die Reichsregierung, aus Furcht vor einer neuen Inflation, sich auf eine Wirtschaftspolitik einzulassen drohte, die tatsächlich die Auswirkungen der Krise in ihrer ganzen Schwere auf die Schultern der Arbeiter abwälzen würde.

Die Verhandlungen der Gewerkschaften und der Partei mit der Regierung haben ohne Zweifel das positive Ergebnis gehabt, daß eine Neuordnung des Tarifrechtes in diesem Bestand gefährdenden Sinne nicht in die neue Notverordnung aufgenommen worden ist. Damit ist die Gefahr freilich noch keineswegs abgewendet, da in der zweiten Hälfte Oktober eine neue Notverordnung bevorsteht.

Es ist auch der Gedanke erwogen worden, die Unabhängigkeit der Löhne nur bis zu einer Höhe von 80 Proz. aufrechtzuerhalten und die verbleibenden 20 Proz. der freien Vereinbarung zu überlassen. Dieser Gedanke eines abdingbaren Spielraums von 20 Proz. ist aber offenbar nicht die einheitliche Ueberzeugung aller Mitglieder des Kabinetts. Die Durchführung dieses Gedankens birgt selbstverständlich die Gefahr in sich, das Tempo des Lohnabbaues zu beschleunigen und ihm ein Ausmaß zu geben, das selbst in der Geschichte der letzten anderthalb Jahre ohne Beispiel wäre. Auch zur Begründung dieser entscheidenden Gesichtspunkte. Man stehe vor der Alternative, entweder eine Inflation, die psychologisch untragbar sei und zur völligen Vernichtung des Sparplans führen würde, oder einer Deflation, die eine Senkung aller Löhne, Gehälter, Preise und öffentlichen Ausgaben in sich schloße. Tatsächlich ist in diesem Zusammenhang Deflation nur ein anderes Wort für Lohnabbau, denn die Erhaltung der letzten Jahre hat bewiesen, daß die Regierung auf seinem Gebiet so ohnmächtig ist wie auf dem einer bewußten Einwirkung auf die Preise. Die Politik der Regierung, auch gegenüber den Kartellpreisen, den Agrar- und Industriezölle ener-

gisch vorzugehen, ist daher mit äußerster Vorsicht aufzunehmen.

Die Arbeitslosenversicherung ist bei ihrem jetzigen Beitragsaufkommen von 6 1/2 Proz. des Lohnes nach nicht sanfter. Es wird für die sechs Wintermonate mit einem Defizit gerechnet, das, je nachdem, wie hoch man die Durchschnittszahl der Arbeitslosen für diese Zeit schätzt (5,8 bis 6,2 Millionen), sich auf 110 bis 210 Millionen Reichsmark belaufen würde. Zuschüsse oder Darlehen an die Reichsanstalt stehen im Etat zum Ausgleich nicht zur Verfügung. Statt dessen hat die Reichsanstalt vom 5. Juni 1931 den Vorstand der Reichsanstalt ermächtigt, zum Ausgleich die Unterstützungsabgabe zu verkürzen, die Sätze der Arbeitslosenversicherung bis auf die Sätze der Krisenunterstützung herabzusetzen (eventuell auch beides gleichzeitig). Möglicherweise wäre auch eine Erhöhung des Beitrages. Dabei muß berücksichtigt werden, daß der Beschluß des Vorstandes ausschließlich vom Willen der Reichsregierung abhängig war, da der den Ausschlag gebende Präsident der Reichsanstalt in beratenden Fällen auf Anweisung der Reichsregierung stimmt.

Die Reichsregierung war ursprünglich geneigt, dem ständigen Drängen der Unternehmer zu folgen und im Vorstand der Reichsanstalt einen Beschluß durchzusetzen, der die Herabsetzung der Arbeitslosenunterstützungsätze auf die Sätze der Krisenunterstützung bei gleichzeitiger Verkürzung der Unterstützungsdauer von 26 auf 18 Wochen, für die Saisonarbeiter von 20 auf 14 Wochen enthalten sollte. In zahlreichen Verhandlungen haben sowohl die Gewerkschaften als auch die SPD-Fraktion die Regierung auf das Untragbare einer solchen Maßnahme hingewiesen und den schärfsten Widerstand angezündet für den Fall, daß sie trotzdem durchgeführt würde.

Diese Vorstellungen haben insofern einen Erfolg gehabt, als in der entscheidenden Sitzung des Vorstandes der Reichsanstalt der Präsident nunmehr entgegen dem ursprünglichen Vorschlag sich dafür erklärte, nur die Unterstützungsdauer von 26 auf 20 Wochen herabzusetzen, die Unterstützungsätze dagegen auf der bisherigen Höhe zu belassen. Die Arbeitgeber ihrerseits nahmen daraufhin den ursprünglichen Vorschlag der Reichsregierung als ihren Antrag wieder auf. Dieser Arbeitgeberantrag wurde nun mit den Stimmen der Arbeitnehmer und des Präsidenten zu Fall gebracht. Mit der gleichen Mehrheit wurde alsdann, entsprechend dem zweiten Vorschlag der Regierung, die Verkürzung der Unterstützungsabgabe beschlossen.

Diese Lösung mußte unter den ohnverwaltenden Verhältnissen als die denkbar erträglichste angesehen werden, zumal von der Regierung das Versprechen abgegeben wurde, die Unterstützungsdauer in der Krisenfürsorge entsprechend zu verlängern. An den Bericht des Kollegen Graßmann schloß sich eine sehr eingehende Aussprache, an der sich nicht nur die Verbandsvorstände, sondern insbesondere auch die Lohnpolitiker der einzelnen Verbände beteiligten. Die Debatte ergab die einstimmige Ablehnung jedes Eingriffs in das geltende Tarifrecht. Die Gewerkschaften sind entschlossen, an den grundsätzlichen Bestandteilen des Tarifrechtes unter allen Umständen festzuhalten. Tarifverträge, die weitgehende Abweichungen von den getroffenen Vereinbarungen in der einen oder anderen Form zulassen, haben für die Gewerkschaften keinen Wert.

Die Behandlung der Arbeitslosengeld durch die Regierung hat sich zu einem offenen Stande entwickelt. Die Gewerkschaften müssen auf dem strikten Verbot der Ueberstunden, die gerade in letzter Zeit stark zunehmen, bestehen und darüber hinaus das Ziel der Bierzigstundenwoche mit Entschiedenheit verfolgen. Die ganze gegenwärtige Regierungslinie bestehe nur noch darin, immer mehr Arbeitslose zu schaffen, nur das könne der Effekt der fortwährenden Dröselung der öffentlichen Ausgaben sein.

Nachdem die Aussprache abgeschlossen war, ging Leipart ein auf den Besuch von Kaval und Briand in Berlin. Er erinnerte daran, daß die Unterredung zwischen den deutschen und französischen Ministern zu dem Entschluß zur Einsetzung eines deutsch-französischen Wirtschaftsausschusses geführt habe. In das Komitee sollen auch Vertreter der Arbeitnehmer beider Länder gewählt werden. Die deutschen Gewerkschaften haben seit längerer Zeit wiederholt die Verständigung zwischen Deutschland und Frankreich gefordert, und sie erblicken in der Einsetzung des Komitees einen bedeutenden Schritt zur Förderung des Einvernehmens zwischen beiden Ländern. Es ist selbstverständlich, daß sie das größte Interesse an der Beteiligung bei diesen Arbeiten haben. Die deutsche Regierung hat beschlossen, sechs Arbeitnehmervertreter in den Ausschuß zu berufen. Die sechs Delegierten der Arbeitnehmerschaft sollen Mitglieder des Plenums sein, das sich vermutlich aufteilen wird in eine Reihe einzelner Arbeitskommissionen, zu deren Arbeiten wiederum Sachverständige hinzugezogen werden. Von den sechs Vertretern der Arbeitnehmerschaft hat der ADGB zwei zu benennen. Einem Vorschlag des Bundesvorstandes folgend, werden Willi Eggert und Fritz Tarnow dazu bestimmt.

Ulrich Hartmann, 25 Jahre Ortsangestellter in München.

Mehr als drei Jahrzehnte sind vergangen, seit sich Kollege Hartmann der Gewerkschaftsbewegung angeschlossen hat. Besonders in seiner Vaterstadt München beteiligte er sich sehr rege an der damals mächtig Boden geminnenden Tapeziererbewegung, und als sich im Herbst des Jahres 1906 die Anstellung eines



Der Hauptvorstand.

Wer mit dem Kollegen Hartmann zusammen war, sei es auf Tagungen der Kollegschaft, bei Lohnverhandlungen, am Schlichtungsausschuss oder vor dem Arbeitsgericht, muß die ruhige und sachliche Form anerkennen, in der er jederzeit die Interessen seiner Kollegen vertritt. Immer hat er als aufrechter und charaktervoller Mensch gehandelt. Selbst bei aufregenden Meinungsdivergenzen ist es ihm noch immer gelungen, Herr der Situation zu bleiben und dürfte Hartmann schon aus diesem Grunde wenig persönliche Gegner haben. Zugute kommt ihm dabei das umfangreiche Fachwissen auf allen Gebieten, das er sich im Laufe der Jahrzehnte angeeignet hat.

Ulrich Hartmanns Münchener Kollegen und Freunde wünschen und hoffen, daß recht bald bessere Zeiten kommen mögen, damit sie mit neuem Elan gemeinsam mit ihrem Führer den Kampf für ein besseres Dasein aufnehmen können. — Wir schließen uns diesem Wunsch zugleich auch im Namen der Gesamtmitgliedschaft unseres Verbandes an und wünschen unserem lieben Freund Hartmann, daß er noch viele Jahre bei voller Gesundheit und Gelfestfrische für seine Ideale, die die Förderung der Interessen der Arbeiterschaft sind, wirken kann.

Die Verwaltungsverwaltung München.

Kollege Johannes Sassenbach 65 Jahre alt.

Am 12. Oktober 1931 vollendete unser Kollege Sassenbach in voller geistiger und körperlicher Frische sein 65. Lebensjahr. Wir haben die großen Verdienste, die unser alter Vorkämpfer und Führer sich um Entfalten und die Entwicklung unseres Verbandes erworben hat, bereits zu Beginn dieses Jahres anlässlich Sassenbachs Ausscheiden aus dem Posten als Generalsekretär des Internationalen Gewerkschaftsbundes eingehend gewürdigt.

Im Namen der Verbandsmitgliedschaft und des Verbandsvorstandes gratulieren wir unserem alten Freund auf das herzlichste und wünschen ihm noch eine Reihe Jahre der wohlverdienten Ruhe.

Der Hauptvorstand.

Genossenschaftswesen

Eine vernünftige Handelskammer. In der „Frankfurter Zeitung“ Nr. 719/720 vom 27. September lesen wir: „Die Handelskammer in Ulm hatte sich mit einem Antrag auf Schaffung einer Fiktionalsteuer zu beschäftigen, mit der nach Äußerungen des württembergischen Wirtschaftsministers auch dieser sympathisiert. Die Vollverammlung der Kammer lehnte den Antrag ab. Die frühere Warenhaussteuer habe dem Mittelstand die erhoffte Hilfe nicht gebracht, auch die jetzt vorgeschlagene Fiktionalsteuer würde sie nicht bringen. Für die Warenhäuser und Einheitspreisgeschäfte sei es leicht, ihre Filialen als selbständige geschäftliche Unternehmungen aufzuweisen und sie dadurch der Fiktionalsteuer zu entziehen. Dem Mittelstand könne nur die Besserung der ungünstigen wirtschaftlichen Verhältnisse und die Hebung der Kaufkraft helfen.“ Sollte das nicht auch dem Mittelstand bekannt sein? Hier zeigt es sich mit aller Deutlichkeit: Man will nicht die Lage der Kleinrentnerbtreibenden bessern, sondern den bösen Konjunkturereinen ein Schnippen schlagen, die sich der Fiktionalsteuer nicht entziehen können. Nach außen hin wird von Warenhäusern und Einheitspreisgeschäften geredet, damit man die Absicht nicht merkt.

Aus der Gewerkschaftsbewegung

Zehn Jahre Afa-Bund. Zum Leipziger Kongress legt der Allgemeine freie Angestelltenbund ein groß angelegtes Handbuch vor, betitelt „Die Angestelltenbewegung 1928—1931“, das neben den besonderen Fragen der Angestelltenbewegung über die Wirtschaftskrisis- und Sozialpolitik unserer Zeit hervorragend unterrichtet. Bemerkenswert sind unter anderem die Feststellungen über die Auswirkung des Rationalisierungsprozesses auf die Angestelltenchaft. Während in der ersten Phase der technischen Rationalisierung die Zahl der Angestellten überall schnell anwächst und überall das Zahlenverhältnis von Arbeitern und Angestellten zugunsten der letzteren verschoben wird, verlangsamte sich das Wachstumstempo in der zweiten Phase ganz erheblich und vor allem: Es werden mehr Angestellte abgestoßen als aufgenommen, auch unter den Angestellten nimmt die Massenarbeitslosigkeit immer mehr zu. Zugleich erhebt der Rationalisierungsprozeß nach von einer anderen

Seite in aller Deutlichkeit das proletarische Lebensschicksal des Angestellten. Die Kurzarbeit, bisher bei der Angestelltenchaft so gut wie unbekannt, greift in wachsendem Ausmaß um sich und wird von den Unternehmern als Mittel benutzt, auch bei bestehenden und langfristig laufenden Tarifverträgen eine Kürzung der Gehälter durchzuführen. Diese Methode, die Gestehungskosten herabzudrücken, ist dem Unternehmer um so lieber, als das rohe Mittel der Entlassung der Arbeitskräfte für die Betriebe beim Angestellten sehr gefährlich ist, da die Erhaltung eines geschulten und zuverlässigen Angestelltenstabes auch bei schlechter Wirtschaftslage für jedes Unternehmen eine Lebensnotwendigkeit ist. Durch das Reichsgerichtsurteil, das „Angestelltenangehörig und Arbeitszeit zusammengefaßt und damit dem Arbeitgeber ohne Rücksicht auf den Tarifvertrag die Befugnis erteilt hat, durch Arbeitszeitkürzung auch gegen den Willen der Tarifparteien und der betroffenen Angestellten eine Gehaltskürzung vorzunehmen“, ist dem kollektiven Arbeitsvertrag und der rechtlichen Sonderstellung der Angestellten ein schwerer Stoß verjagt worden.

Rundschau

Die Wirtschaftsführer als Rechenkünstler. Ein merkwürdiges Verhandlungsergebnis veröffentlicht die „Baugewerkschaft“ in ihrer Nummer 37 vom 12. September 1931. In Gladbeck wird durch den Ruhr-Streikungsverband und die Stadt Gladbeck die neue Verbandsstraße OW II ausgebaut. Für den letzten Teil der ausgeschriebenen Arbeiten verlangte der Mindestfordernde 28 160 Mk. und der Höchstfordernde 101 846 Mk. Der Preisunterchied zwischen diesen beiden Angeboten beträgt also 73 686 Mk. Er stellt das 2½fache des niedrigsten Angebots dar. Haben sich dann die Arbeitgeber bei ihren Preisermittlungsmethoden verrannt, so veruchen sie den Schaden durch Druck auf die Arbeitslöhne wieder weitzumachen.

Carl Borg, Rathenow, insolvent. Das Konkursverfahren wurde eröffnet gegen die Ledermwarenfabrik Carl Borg in Rathenow. Es sind Warenschulden von 35 000 Mk. und Bankschulden von etwa 10 000 Mk. vorhanden. Die Rückstände an Steuern und Gehältern betragen etwa 8000 Mk. Demgegenüber stehen Außenstände von rund 19 000 Mk., hinzu kommt das Warenlager im Werte von 8000 Mk. und angenommene Maschinenwerte von 20 000 Mk. Außerdem sind die Land- und Fabrikgrundstücke überlastet. Die engagierten Banken dürften die Gebäude nunmehr zur Versteigerung bringen.

Ein neuer Weg zur Hebung des Fremdenverkehrs. Wie das „Berliner Tageblatt“ berichtet, hat sich in dem Berliner Vorort Karlshorst ein Siegfried-Kriemhild-Bund aufgetan. Aufgabe dieses Bundes soll es sein, die Särge Kriemhilds und Siegfrieds und seiner Mutter Ute auszugraben, um festzustellen, ob Siegfried der Drachentöter wirklich 2,50 Meter groß gewesen ist. Der Bund selbst hegt keinen Zweifel daran und soll diese Größe die deutsche Jugend zur Nachahmung durch Sport anreizen. Zugleich soll die Freilegung der Särge den Fremdenverkehr beleben und damit dem Reich neue Devisenzuflüsse zuführen. Der Totengräber als „Ketter“, wer hätte das gedacht? Hoffentlich geht die deutsche Wirtschaft nicht schon aus dem Leim, ehe der Kriemhild-Siegfried-Bund die Särge gefunden hat.

Bücherchau

Protokoll der Verhandlungen des 14. Kongresses der Gewerkschaften Deutschlands, 14. Bundestag des DGBD, abgehalten in Frankfurt a. M. vom 31. August bis 1. September 1931, 652 S., Berlin 1931, Preis gebunden 1,50 Mk., kartoniert 1,50 Mk., Reproduktionspreis: orb. 3,20 Mk., fort. 2,50 Mk. Herausgegeben des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes, Berlin S 14.

Am 1. September d. J. fand der Kongress des DGBD seinen Abschluß. Jetzt liegt bereit das Protokoll der fünfjährigen Verhandlungen dieses Kongresses vor als ein Werk von 652 Seiten. In einer an wirtschaftlichen Bindungen, an politischen und sozialen Fragen so reichen Zeit wie der jetzigen bedeutet ein solcher Tagungsbericht der größten Arbeiterorganisation der Welt ein Dokument von besonderem Interesse. Der Bericht des Bundesvorstandes, vom Vorsitzenden Theodor Vopert erstattet, gibt eine ebenso umfassende wie klare Rückschau und Aufschluß über die sozialpolitische, wirtschaftspolitische und sonstige Tätigkeit der deutschen Gewerkschaftsbewegung. Die daran anschließende Diskussion gibt ein Zwiegespräch von Deuten und Empfinden der Mitglieder. Drei großangelegte Vorträge behandeln mit Gründlichkeit hochaktuelle Probleme der heutigen Zeit: „Die wirtschaftlichen Umwälzungen und die Wirtschaftskrisen“ (Prof. Geberer-Heidelberg), „Öffentliche und private Wirtschaft“ (Oberbürgermeister Wagner, Ulm), „Gewerkschaft und Ausbau des Arbeitsrechts“ (Bundessekretär Mäppl), und die Aussprachen, die sich jedem dieser Vorträge anschließen, sind ein Beweis für das geistige Niveau und die aktive Mitarbeit der Funktionäre des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes. Ein großer Teil der Verhandlungen gilt, wie nicht anders denkbar, dem Problem der Weltwirtschaftskrise und der Sorge um Arbeitsbeschaffung und Vinderung der ungeheuren Not der Millionen von Arbeitslosen.

Max Geiger †

Wer von den alten Militärsattlern seit Ende der achtziger Jahre und den Stuttgarter Reiseartikelsattlern seit 1906 hat ihn nicht gekannt, unseren Max? In Eberfeld, Kaiserslautern, Straßburg und anderen Orten war er auf „Kommis“ tätig. Teilweise mit Ebert, Sassenbach und Blum in gleicher Arbeitsstelle. Wenn er auch nicht im Kreise der Funktionäre an vorderster Stelle stand, so war er doch mit ganz geringer Unterbrechung, seit 25 Jahren ununterbrochen, Mitglied unserer Organisation.

Was ihn auszeichnete und ihm unverwundlich auch in schwersten Tagen der Krankheit verblieb, war sein sonniger Humor, und alle, die mit ihm zusammen waren, werden sich seiner stets freudig erinnern. Nun ist unser Max nicht mehr. Der Schmitter Tod, von dem er selbst so oft humorvoll erzählte, hat ihn mitgenommen. Freud und Leid hat er mit uns geteilt, wir werden daher seiner stets ehrend gedenken.

W. K.

Verbandsnachrichten

(Bekanntmachungen des Vorstandes und der Ortsverwaltungen)

Vom 12. Oktober bis 18. Oktober ist der 42. Wodenbeitrag fällig. Pünktliche Beitragszahlung erhöht die Kampfkraft des Verbandes.

Auf eine 25jährige Mitgliedschaft können zurückblicken: Uffenburg (S.-U.), Hermann Werner, Sattler. Jeth. Paul Behr, Tapezierer.

Verammlungskalender

Dresden. Achtung! In unserer Mitgliederversammlung am Dienstag, dem 27. Oktober, abends 6½ Uhr, im Volkshaus, Neue Gollstube, spricht Kollege R u r p a t, Bevollmächtigter des Gesamtverbandes über die heute viel diskutierte Frage: „Die Gewerkschaften als Rechtsfaktoren.“ Anschließend Geschäfts- und Kassenbericht vom 3. Quartal 1931.

Kolleginnen und Kollegen! Verschafft euch über die wirklichen Machtverhältnisse die notwendige Aufklärung! Besucht die Versammlung reiflos.

Die Ortsverwaltung.

Sterbetafel

Leipzig. Am 29. September verschied im Alter von 68 Jahren unser langjähriges Mitglied, der Sattler Heinrich Vogt (Invalide).

Offenbach a. M. Am 2. Oktober starb unser Mitglied, der Portefeulier Wilhelm Hebler, 53 Jahre alt.

Stuttgart. Am 3. Oktober starb nach kurzer Krankheit im Alter von 83 Jahren und nach 25jähriger Mitgliedschaft der Kollege Max Geiger, Sattler.

Nach ganz kurzer Krankheit starb im Alter von 61 Jahren und nach über 26jähriger Mitgliedschaft der Tapezierer, Kollege Wilhelm Leitz.

E h r e i h r e m A n d e n t e n .